

**Anträge an den  
ordentlichen Bundesparteitag 2017  
der Partei der Vernunft.**

Stand 22.04.2017

Legende:

PRO xy = Programmatischer Antrag Nr. xy

SÄA xy = Satzungsänderungsantrag Nr. xy

SOA xy = sonstiger Antrag Nr. xy

## **PRO 01 Bundestagswahlprogramm**

### **Antragsteller Bundesvorstand:**

Der Bundesvorstand beantragt das nachfolgende Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017 auf dem ordentlichen Bundesparteitag am 20. und 21.02.2017 zu beschließen. Die Abstimmung über das Wahlprogramm soll Absatzweise erfolgen.

### **Sicheres Geld für eine friedliche Welt**

Wir sind der festen Überzeugung, dass jeder Mensch das Recht hat, selbst zu entscheiden, welches Geld er als Bezahlung akzeptiert. Der staatlich verordnete Annahmepflicht für den Euro und das daraus entstehende Monopol schaden den Menschen.

Das Monopol beinhaltet das Recht zur beliebigen Ausweitung der Geldmenge und führt somit zu Inflation. Im Wert stabileres Geld wird durch den gesetzlichen Verwendungszwang verdrängt.

Wenn der Euro an Wert verliert, weil zusätzliches Geld geschaffen wird, dann ist dies eine Steuer. Eine Steuer die wir alle seit Jahrzehnten bezahlen, durch steigende Preise, und den Wertverlust unserer Ersparnisse.

Eine Steuer die vor allem die ärmeren hart trifft. Wer nahezu sein gesamtes Einkommen für Konsum ausgeben muss, dem tun steigende Preise am meisten weh.

Neben der Steuer haben wir auch noch eine Lohnkürzung, denn ein Wertverlust des Euros, bedeutet logischerweise auch einen Wertverlust der in Euro bezahlten Löhne. Dies ist nichts anderes als staatlich verordnetes Lohndumping.

Der Ökonomen Ludwig von Mises brachte es einmal folgendermaßen auf den Punkt:

„Das Wichtigste ist, zu verstehen, dass Inflation kein Akt Gottes ist, dass sie keine Naturkatastrophe ist und keine Krankheit. Inflation ist eine politische Strategie.“

Die Partei der Vernunft steht für eine grundlegende Reform des Geld- und Finanzsystems. Nach der Lehre des Nobelpreisträgers Friedrich August von Hayek bedeutet dies das Zulassen alternativer Geldformen. Der Staat darf nicht länger bestimmen, welches Geld die Bürger als Zahlungsmittel annehmen müssen. Wenn die Menschen hier frei wählen, setzt sich automatisch das wert stabilste Geld durch (Gresham'sches Gesetz). Das Geldmonopol entfällt.

Derzeit werden alle Einlagen bei einer Bank sofort zu einem Kredit für diese Bank. Wir plädieren für eine Trennung von Spar- und Investitionskonten. Sparkonten dürfen von einer Bank nicht angerührt werden und stehen auch außerhalb der Bilanz der Bank. Geht eine Bank Pleite sind die Sparkonten einfach auf eine andere Bank zu übertragen. Bei den Investitionskonten geht man das Risiko als Kreditgeber bewusst ein.

### **Ein gerechteres Steuersystem ist einfach zu Verstehen.**

Als Libertäre stehen wir der Erhebung von Steuern grundsätzlich kritisch gegenüber.

Jeder Mensch hat ein Menschenrecht darauf über seinen eigenen Körper zu verfügen und damit auch über seine Arbeitskraft, Lebenszeit und Freiheit.

Steuern zu erheben bedeutet für den einzelnen Bürger immer, dass ihm nicht nur ein Teil seines Geldes genommen wird, sondern auch den Verlust seiner Freiheit, da er nicht mehr selbstständig bestimmen kann wofür er sein Geld investiert. Es bedeutet für ihn auch den Raub eines Teils seiner Arbeitskraft und seiner Lebenszeit, die er aufbringt, um seinen Lohn zu erwirtschaften. Daher ist uns die drastische Reduzierung der Steuerlast ein besonders wichtiges Anliegen.

Das deutsche Steuerrecht zeichnet sich durch seinen gigantischen Umfang aus. Bücherweise Gesetzestexte sind selbst von Steuerfachleuten nicht mehr zu überschauen. Die Partei der Vernunft steht für einfache, nachvollziehbare Gesetze. Anfangen wollen wir mit einem transparenten Einkommensteuerrecht.

Den Grundfreibetrag der Einkommensteuer heben wir auf 18.000 € pro Jahr an.

Damit befreien wir die Menschen mit geringem Einkommen komplett von der Einkommensteuer. Für alle anderen bedeutet dies, nur der Teil des Einkommens der 1.500 € im Monat überschreitet, muss versteuert werden.

Der Teil des Einkommens, der den Grundfreibetrag übersteigt, wird mit einer Flat Tax von maximal 25 % besteuert. Die genaue Höhe der Flat Tax wird von den einzelnen Bundesländern festgelegt, so dass ein Steuerwettbewerb zu Gunsten der Bürger entsteht. Die Zahl der Ausnahmeregelungen werden wir deutlich reduzieren. Den Solidaritätszuschlag schaffen wir sofort ab.

Langfristig streben wir die komplette Abschaffung der Einkommenssteuer an.

Neben der Reform der Einkommenssteuer werden wollen wir Kleinsteuern wie die Kaffesteuer abschaffen und die Unternehmenssteuern senken um Investitionen in Deutschland zu begünstigen wodurch mehr Arbeitsplätze entstehen.

Zur Finanzierung der Steuerreform werden wir das Militärbudget reduzieren. Dazu beenden wir Kriegseinsätzen der Bundeswehr (z.B. in Afghanistan) und streben eine effizientere Nutzung der vorhandenen Mittel an.

Wir streichen Subventionen und schaffen die Entwicklungshilfe sowie das zugehörige Ministerium ab. Weitere Ministerien wie das Bundeswirtschaftsministerium werden ebenfalls aufgelöst. Insgesamt streben wir Ausgabenkürzungen von mindestens 80 Milliarden Euro an.

### **Für ein Europa der Freiheit.**

Die Partei der Vernunft steht für das Zusammenleben in Frieden und Freundschaft in Europa. Die Niederlassungsfreiheit innerhalb der Europäischen Union, sowie den freien Personen und Güterverkehr, sehen wir als große Errungenschaft in der Überwindung staatlicher Freiheitseinschränkungen, die unbedingt zu bewahren sind.

Die Europäische Union hat sich abseits dieser Errungenschaften zu einem bürokratischen Monstergelände und massivem Einfallstor für Lobbyismus entwickelt. Die meisten neu erlassenen Gesetze, werden inzwischen von der EU vorgegeben. Die Brüsseler EU-Behörden zeichnen sich dabei durch eine besondere realitäts- und bürgerferne Politik aus. Verordnungen wie das, durch massive Lobbyarbeit der Lampenindustrie, zustande gekommene Glühbirnenverbot, oder Subventionen für eine Skipiste auf der Ostseeinsel Bornholm, sind nur die Spitze des Eisbergs.

Im Zuge der Eurokrise, wird einzelnen Mitgliedstaaten inzwischen direkt diktiert was diese zu tun haben. Dies führt zu offenem Hass zwischen den Bürgern der einzelnen Länder.

Die Partei der Vernunft möchte diesen Entwicklungen die freiwillige Zusammenarbeit der Regionen entgegen setzen. Statt von oben diktiertem Beschlüssen, kann jede Region selbst entscheiden, ob sie sich an einer Maßnahme beteiligt. Darüber hinaus muss es jeder Region möglich sein diese Entscheidungen auch wieder zu revidieren. Statt einer zentralistischen Gleichmacherei, stehen wir für den Wettbewerb um die besten Ideen. Das ohnehin nicht nach demokratischen Standards gewählte EU-Parlament, wird durch die Entscheidung regionaler Parlamente überflüssig und kann abgeschafft werden. Ebenso kann die EU-Kommission und der größte Teil der EU-Behörden ersatzlos entfallen. Darüber hinaus muss eine Rückkehr zu den Maastricht Verträgen erfolgen, nach denen kein Land für ein anderes haftet.

Die meisten Ausgaben der EU fließen in Subventionen, diese werden wir vollständig abschaffen. Sollten die andere EU-Staaten eine Abschaffung der Subventionen nicht mittragen, so werden wir darauf bestehen, dass die Länder die die Subventionen beibehalten wollen, vollständig für deren Finanzierung aufkommen.

Nach dieser Reform können die Mitgliedsbeiträge und ebenso die Umlagen der EU-Länder aus den Mehrwertsteuern komplett entfallen. Die verbleibenden Kosten der EU können locker durch die Einnahmen aus den Zöllen an den EU-Außengrenzen gedeckt werden, es bleibt sogar Spielraum für eine Absenkung der Zölle.

Sofern die angestrebte Reform der EU nicht möglich ist, ist eine privilegierte Partnerschaft einer Vollmitgliedschaft vorzuziehen. Wir sehen die EU in erster Linie als eine Institution, die den freien Handel von Gütern und Dienstleistungen innerhalb der Mitgliedsstaaten gewährleistet.

## **SÄA 01 Zusammensetzung Bundesvorstand**

**Antragsteller:** Bundesvorstand

### **Antrag:**

Der Bundesvorstand beantragt § 17 der Bundessatzung mittels Ergänzung wie folgt zu ändern ( Änderungen bzw. Ergänzungen sind rot gekennzeichnet ).

### **Die Organe der Partei**

#### **§ 17 - Der Bundesvorstand**

(1) Der Bundesvorstand setzt sich zusammen:

1. aus dem Präsidium:

- a) Bundesvorsitzender,
- b) zwei stellvertretende Bundesvorsitzende,
- c) Bundesgeneralsekretär,
- d) Bundesgeschäftsführer,
- e) Bundesfinanzvorstand,

2. aus drei weiteren Mitgliedern des Bundesvorstands.

(2) Wählt der Bundesparteitag keinen Bundesfinanzvorstand so fällt der gesamte Verantwortungsbereich für die Bundesfinanzen an den gewählten Bundesgeschäftsführer. In diesem Fall vertritt der Bundesgeschäftsführer den Bundesverband in finanziellen Angelegenheiten wie ein ordentlich gewählter Bundesfinanzvorstand entsprechend der in Bundessatzung, Bundesgeschäftsordnung und Bundesfinanz - und Beitragsordnung aufgeführten Kompetenzen und Verpflichtungen. Für den dadurch vakant gewordenen Posten des Bundesfinanzvorstand wird vom nächstfolgenden Bundesparteitag eine Nachwahl für die aktuelle Amtszeit des Bundesvorstand durchgeführt.

(3) Scheidet ein Vorstandsmitglied aus, so soll die Nachwahl vom nächstfolgenden Bundesparteitag vorgenommen werden. Die so nachgewählten Personen führen ihr Amt nur für den verbleibenden Rest der Amtszeit des Bundesvorstandes. Bis zum nächstfolgenden Bundesparteitag kann der Bundesvorstand jeweils neue Vorstandsmitglieder für die vakanten Posten bestellen. Scheidet der Bundesvorsitzende aus dem Amt aus, so übernimmt einer

seiner Stellvertreter sein Amt bis zum nächsten Bundesparteitag. Scheidet der Bundesfinanzvorstand oder der Bundesgeschäftsführer aus seinem Amt aus, so übernimmt ein vom übrigen Bundesvorstand gewählter Stellvertreter aus den Reihen des Bundesvorstandes dieses Amt bis zur Nachwahl auf dem nächsten Bundesparteitag.

## **SÄA 02 Finanzordnung, Landesverbände ohne eigenes Konto**

**Antragsteller:** Landesvorstand Rheinland-Pfalz

### **Antrag:**

Es wird beantragt § 10 (4) der Finanz- und Beitragsordnung der Partei der Vernunft durch folgende Neufassung zu ersetzen (Änderungen und Ergänzungen in rot):

#### § 10 - Anspruch auf Mitgliedsbeiträge

(4) Der Vorstand des Beitrag erhebenden Verbandes entscheidet über die Abführung der Mitgliederumlage an seine Gliederungen. Diese werden vierteljährlich über den durchschnittlichen Monatsbeitrag \*) der Gesamtpartei informiert.

Landesverbände die kein eigenes Konto führen, können eine Budgetverwaltung durch den Bundesvorstand beantragen. Der Bundesvorstand reserviert dann ein Budget für den Landesverband auf dem Bundeskonto. Die Zuweisungen an Landesverbände die ihre Finanzen vom Bundesvorstand verwalten lassen, betragen einheitlich 100 € pro Quartal.

Landesverbände die ein eigenes Konto führen haben Anspruch auf folgende monatlichen Umlagen:

Bis 20 Mitglieder 70,00 €

Bis 35 Mitglieder 100,00 €

Bis 50 Mitglieder 120,00 €

Ab 51 Mitglieder je Mitglied 40% \*)

Ab 101 Mitglieder je Mitglied 42% \*)

Ab 251 Mitglieder je Mitglied 44% \*)

Ab 501 Mitglieder je Mitglied 46% \*)

Ab 751 Mitglieder je Mitglied 48% \*)

Ab 1001 Mitglieder je Mitglied 50% \*)

Ab 1501 Mitglieder 60% \*)

\*) vom durchschnittlichen monatlichen Beitrag der Gesamtpartei

### **Alte Fassung:**

#### § 10 - Anspruch auf Mitgliedsbeiträge

(4) Der Vorstand des Beitrag erhebenden Verbandes entscheidet über die Abführung der Mitgliederumlage an seine Gliederungen. Diese werden vierteljährlich über den durchschnittlichen Monatsbeitrag \*) der Gesamtpartei informiert.

Es gelten folgende Quoten:

Bis 20 Mitglieder 70,00 €

Bis 35 Mitglieder 100,00 €

Bis 50 Mitglieder 120,00 €

Ab 51 Mitglieder je Mitglied 40% \*)

Ab 101 Mitglieder je Mitglied 42% \*)  
Ab 251 Mitglieder je Mitglied 44% \*)  
Ab 501 Mitglieder je Mitglied 46% \*)  
Ab 751 Mitglieder je Mitglied 48% \*)  
Ab 1001 Mitglieder je Mitglied 50% \*)  
Ab 1501 Mitglieder 60% \*)

\*) vom durchschnittlichen monatlichen Beitrag der Gesamtpartei

**Begründung:**

Für kleine Landesverbände in denen nur wenige Ausgaben anfallen, lohnt sich der Aufwand ein eigenes Konto zu führen oft nicht, außerdem können so unnötige Kontoführungsgebühren vermieden werden.

Für größere, aktivere Landesverbände besteht ein hoher Anreiz, ein eigenes Konto zu führen, da sie dadurch eine deutlich höhere Umlage an Mitgliedsbeiträgen erhalten.